

„Warum ich die AfD wähle“

[Veröffentlicht am 28.08.2017 von geolitico.de](http://www.geolitico.de)

Für den politischen Mainstream ist die AfD unerträglich. Für viele Bürger die einzige Hoffnung.

Warum?

GEOLITICO dokumentiert die aufschlussreiche Antwort eines Lesers.



AfD-Parteitag © GEOLITICO

Ihre Plakate werden zerstört, ihre Wahlveranstaltungen durch Gewaltandrohungen gegenüber Gastwirten so gut es geht behindert: Nie gab es in bundesrepublikanischen Wahlkämpfen etwas Vergleichbares wie den Hass auf die AfD. In Weimar hängte der politische Gegner sogar einen Schweinskopf an das Lokal, in dem eine Wahlveranstaltung stattfinden sollte.

Nicht nur ihre Mitglieder, auch ihre Anhänger und Sympathisanten werden als Nazis diffamiert. Wer sich zu AfD bekennt, muss um seinen Arbeitsplatz fürchten und begibt sich in die Gefahr sozialer Ausgrenzung. Dennoch bekennen sich Menschen offen zur AfD. Der Versicherungsfachmann **Jürgen Gawrisch** hat seine Gründe in einem Brief an GEOLITICO dargelegt. Er bat darum, dass dieser Brief veröffentlicht wird:

+++

„Warum ich die AfD wähle“

„1961 in Sachsen geboren und in der Uckermark aufgewachsen, habe ich meine erste Lebenshälfte in der DDR verbracht. Und ich habe, teils bewusst, teils unbewusst und mitunter auch persönlich die Facetten des so genannten Unrechtsstaates Honeckers miterlebt.

Angefangen von der Überwachung durch „staatliche Organe“, der Denunzierung Andersdenkender, dem Berufsverbot von Regimekritikern, über die staatsgeleiteten Lücken- und Lügenmedien, die dem Bürger eine Demokratie, freie Wahlen und eine dem Wohl der Bevölkerung dienende Politik der Staatsmacht vorgaukeln sollte, bis hin zu den zum Teil obskuren wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fehlern der Regierenden, die schließlich zum Zusammenbruch des Systems führen musste.

„Nationale Front“ wie in Honeckers Zeiten

All dies hat sich mir und vielen anderen „Ossis“ eingeprägt und hilft beim Vergleichen. Und ich habe verglichen und vergleiche noch immer. Und zwar das Unrechtssystem DDR mit der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik, in der wir seit 1990 leben

und die nun für alle Menschen dieses Landes der real existierende Alltagskapitalismus ist. Und ich muss sagen: Geschichte wiederholt sich!

Und dies in einer beängstigenden Art und Weise, die ich mir dies seit dem Fall der Mauer nicht hätte vorstellen können.

Wieder ist im heutigen vereinten Deutschland eine Regierung an der Macht, die eine unvorstellbare und fast täglich umfassendere Jagd auf Andersdenkende losgetreten hat, die Mitglieder und Sympathisanten der oppositionellen Gruppen und Parteien denunziert, verfolgt und in den finanziellen und beruflichen Ruin führt.

Wieder wird in den staatsgeleiteten Medien ein wahres Feuerwerk an Lügen, Vertuschungen, Tatsachenentstellungen in Verbindung mit regierungshörigem Personenkult abgefeuert.

Wieder wird den Bürgern des Landes die Demokratietreue der Regierung vorgegaukelt, während Merkel in Diktatorenmanier eine mehr als umstrittene Energiewende durchpeitscht, mit finanzpolitisch katastrophalen Fehlentscheidungen die griechische Bankrottregierung stützt und ihrem Freund & Diktator Erdogan trotz demokratiefeindlicher Repressionspolitik Millionensummen zuschanzt; sowie mit klaren Rechtsbrüchen von deutschem Grundgesetz und Schengener Abkommen die Grenzen unseres Landes und Europas für Millionen Wirtschaftsmigranten öffnet.

Und wieder sind es die nun als „Große Koalition“ lackierten Einheitsparteien von CDU, SPD, Linken, und Grünen, die wie in Honeckers Zeiten als „Nationale Front“ die teilweise ruinösen Fehlentscheidungen und Alleingänge des angeblich unantastbaren Staatsoberhauptes kommentar-, widerstands- und hirnlos abnicken. Parteigrenzen sind gefallen – Unterschiede zwischen den Programmen der Blockparteien sind kaum noch wahrnehmbar und ohnehin nur billige Makulatur für den blind und taub gewordenen Stammwähler der ehemaligen Volksparteien.

Schädlichen Ost- und Süderweiterung der EU

Die Ernüchterung in meiner Begeisterung über das wiedervereinte Deutschland begann mit der maßgeblich von Frankreichs damaligem Präsidenten Mitterand und Merkels politischen Ziehvater Kohl erzwungenen Einführung des Euro – bewusst und wissentlich gegen den Willen der betreffenden Völker und entgegen den maßgeblichen Warnungen von diversen wirtschafts- und finanzpolitischen Kritikern in Europa und der Welt. Die angeblich so demokratische EU dachte nicht daran, durch Volksbefragungen oder Volksabstimmungen die Meinung der Betroffenen ins Kalkül zu ziehen – wohl wissend, dass es dann nie den Euro gegeben hätte. Lediglich Großbritannien wagte es, sein Volk zweimal in der jüngeren Geschichte zu befragen – mit den Ergebnissen, die heute für die wirtschaftliche Stärke des Landes stehen: Kein Euro, keine EU!

Die Demokratie in der EU ist nicht zuletzt aufgrund zahlreicher verzweifelter Rettungsversuche des angeschlagenen Euro genauso ein Wackelkandidat wie der Euro selbst. Ganze Gesetzestexte wurden über Bord geworfen, um die mehr als umstrittene EU-Währung am Leben zu erhalten.

Diese Ernüchterung setzte sich in der für mich und viele EU-Bürger nicht nachvollziehbaren und im Nachhinein unfraglich schädlichen Ost- und Süderweiterung der

EU- und Eurozone fort. Hier wurden Länder ins Boot geholt, die von den Finanz- und Wirtschaftskriterien eher dem afrikanischen Raum entsprochen hätten als den Anforderungen eines europäischen Global-Players wie England, Deutschland und Frankreich. Es sollte mit Hauen und Stechen und ohne Sinn und Verstand eine Großmacht Europa gebastelt werden.

Was wir inzwischen haben, ist ein bröckelndes und in sich zerstrittenes Konstrukt verschiedenster Nationalitäten mit unterschiedlichsten sicherheits-, finanz- und wirtschaftspolitischen Interessen und somit unausweichlichen Konflikten und zum Teil nicht realisierbaren Erwartungshaltungen. Die EU in ihrer jetzigen Form hat durch zahlreiche faule Kompromisse, durch massive Verletzung von Rechtsnormen und Verfassungsgarantien und durch unvorstellbare Beschneidung der Werte und Bürgerrechte ihre Glaubwürdigkeit seit langem verloren.

Dass zum Beispiel der Patient Nr. 1 der europäischen Intensivstation, Griechenland, seit 2010 am Tropf des steuerzahlenden EU-Bürgers und vor allen Dingen Deutschlands hängt und sich von Reförmchen zu Reförmchen schummelt, um weiterhin die im Hellas-Sumpf versickernden Milliarden Geschenke von IWF und EU abzugreifen, ist so ein mittlerweile zum EU-Alltag degradierter Dauerskandal, oder auch die weiterhin ungehindert fließenden Millionensummen an die Türken aus gleicher Quelle als „Eingliederungshilfe in die EU“, obwohl doch nach dem Türkei-„Referendum“ zur Stärkung der autokratischen Macht Erdogans die Aufnahme des Landes in die EU „auf lange Sicht vom Tisch“ sein soll, wie immer wieder von Seiten Berlins und Brüssels beteuert wird.

Merkels Kuckuckseier

Doch meine Ernüchterung ist viel tiefgreifender, sie ist eine Enttäuschung, gepaart mit Wut. Fühle ich mich doch von dieser Regierung, die eigentlich hätte antreten müssen, das Wohl seines Volkes als die oberste und wichtigste Priorität des täglichen Tuns anzusehen, aufs Größte verraten und getäuscht.

Da ist zum einen der Mangel an Demokratie in diesem Land. Glaubte ich nach der Wende, dass die „*Diktatur des Proletariats*“, die in Wirklichkeit die Diktatur eines elitären Machtapparates um Honecker, Mielke & Co war, von einer wahrhaften, gelebten Demokratie abgelöst wird, sehe ich mich heute in fast identischen DDR-Verhältnissen wieder. Es ist wieder ein Macht- und Entscheidungsmonopol der politischen Eliten, die fernab vom Willen und Puls der Bevölkerung und ohne deren Legitimation Entscheidungen treffen, die sich unweigerlich gegen die Interessen des eigenen Volkes richten.

Das war und ist so bei den nicht selten tödlichen Einsätzen von Bundeswehrsoldaten unter dem durchschaubaren Deckmantel der humanitären Hilfe an allen möglichen Brennpunkten der Welt, die nie die Legitimation der deutschen Bevölkerung hatten. Erst kürzlich kamen wieder zwei Bundeswehrsoldaten sinnlos bei einem Hubschrauber-Einsatz in Mali ums Leben.

Das war und ist so bei der von Merkel initiierten Nacht- und Nebelaktion der Entmachtung bedeutender Energiekonzerne und die sinnentleerte Abkehr vom Atomstrom mit der Begründung einer Katastrophenverhinderung nach dem Fuku-

shima-Unfall in Japan. Die grünengerechte Kehrtwende in der Energiepolitik hin zu landschaftsverschandelnden, meist uneffektiv-teuren und ohne massive Förderung durch den Steuerzahler nicht überlebensfähigen Fotovoltaik- und Windenergieanlagen ist eines von vielen Kuckuckseiern, die Merkel den Deutschen ungefragt und irrational ins Nest gelegt hat.

Und das war und ist so in der von Merkel selbst verursachten Asylkrise, die Deutschland seit 2015 von den Füßen auf den Kopf gestellt hat. Die an graubraune Zeiten erinnernde Selbstermächtigung der Kanzlerin hat schon ein trauriges historisches Maß angenommen, auf das niemand außer ihr stolz sein kann und wird.

Ohne Sinn und Verstand und gegen geltende Gesetze und internationale Abkommen wurden und werden seit zwei Jahren praktisch unkontrolliert und ungefiltert Millionen Asylanten ins Land gelassen. Dieser unvorstellbare Gesetzes- und Rechtsbruch wurde erst kürzlich hochrichterlich vom Europäischen Gerichtshof bestätigt. Natürlich ohne die geringste Konsequenz für die unantastbare Mutter aller Schutzbedürftigen dieser Welt, zu der dummerweise nicht das eigene Volk zählt.

Und es wird gelogen und verschwiegen, dass sich die Balken biegen. Die von Maas, Kahane & Co. so inbrünstig gejagten „Fake-News“ und Hetzkommentare der letzten Monate und Jahre finden ihren Ursprung in den Ergüssen von Bundesregierung und gleichgeschalteten Medien rund um den Merkel'schen Asylwahn. Erzählte man dem dummen Wahlvolk in der ersten Phase des unkontrollierten Asylantentsunamis noch, dass es sich bei den Migranten meist um hoch ausgebildete Spezialisten aus Medizin, Wissenschaft und Technik handele, die unseren um sich greifenden Fachkräftemangel deutlich mildern bis beseitigen würden, stellten sich diesen Aussagen schon recht bald als Lüge historischen Ausmaßes dar. Die überwältigende Mehrheit der Migranten ist ungebildet und zudem an einer Ausbildung auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht im Geringsten interessiert. Nicht selten handelt es sich Analphabeten.

Staatliche „Fake News“

Als diese Beleidigung des gesunden Menschenverstandes nicht mehr griff, kam die nächste Lüge aus dem Kanzleramt und den Verlagshäusern: Es handele sich überwiegend um geflüchtete Familien mit Kindern. Schnell wurden an Bahnhöfen in den Großstädten bezahlte Statisten mit Wink-Elementen und „Refugees Welcome“-Plakaten beordert, die medienwirksam den wenigen Frauen und Kindern aus Aleppo und anderswo zuwinken mussten.

Zu dumm nur, dass bereits nach wenigen Wochen durchsickerte, dass diese Frauen und Kinder nur einen Anteil von weniger als 10 Prozent aller ankommenden Migranten ausmachten. Die überwältigende Mehrheit waren und sind junge und nicht selten islamisch motivierte Männer, die ihre Familien und ihre Heimat verlassen haben, um entweder in Deutschland unterzutauchen, sich von den meist ungerechtfertigt ausgezahlten Staatsalimenten durchfüttern zu lassen oder aber ihre kriminelle Karriere im Land der wahrscheinlich kulantesten Kuscheljustiz der Welt nahtlos fortzusetzen.

Nun war also auch diese Seifenblase geplatzt, und eine neue Lüge musste her. Die Migranten kämen aus Kriegsgebieten, hieß es – das war der nächste Versuch, den schweigenden und manchmal murrenden Bundesbürger ruhigzustellen. Zu dumm,

dass auch diese staatlichen „Fake News“ ziemlich schnell entlarvt wurden. Der größte Anteil der tagtäglich einströmenden Migranten kommt zwar unfraglich aus wirtschaftlich und politisch schwächeren Gebieten Osteuropas, dem arabischen Raum und Afrikas, aber definitiv und nachweislich nicht aus Kriegsgebieten! Somit sind der überwältigende Anteil der Zuwanderer schlicht Wirtschaftsmigranten und keine Kriegsflüchtlinge!

Auch der bisher letzte Versuch, die Volksmassen milde zu stimmen, wurde von dieser Bundesregierung und ihrer Asylpolitik ad absurdum geführt. Erzählte man den Bürgern noch vor wenigen Monaten, die meisten Migranten seien nur befristet in Deutschland, um nach den „Kriegen und Unruhen“ ihre Länder in Syrien, Irak & Co wieder gestärkt aufzubauen, überschlugen sich die Asylströme inzwischen dank der grenzenlosen „Familienzusammenführungen“, die in unserem Land bereits in der Vergangenheit zu einer unfassbar großen Zahl von meist deutschlandfeindlichen, oft rechtsfreien und staatlich alimentierten Parallelgesellschaften führte und nun wieder führen wird.

Das erschreckende, wenn auch logische Ergebnis können wir schon heute tagtäglich sehen, lesen und erleben: Von „Familiencians“ beherrschte und regierte No-Go-Areas in fast allen deutschen Großstädten, in die sich Polizei und Rettungskräfte nur in geballter Stärke hineintraut; sprunghaft angestiegene Sexualkriminalität gegen Frauen und junge Mädchen; enormer Zuwachs an organisierter Einbruchskriminalität; unvorstellbare Gewalt und Aggression an Schulen mit hohem Migrantenanteil; mehrere hundert gewaltbereite islamistische „Gefährder“ auf freiem Fuß und zehntausende Sympathisanten des IS und anderer internationaler Terrororganisationen in Deutschland.

Wäre auch nur eine einzige der genannten Beispiele ohne Merkels Asylwahn in unserem Land im Jahr 2017 möglich gewesen? Niemals! Haben die Visegrad-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei, die sich bisher erfolgreich gegen die massenhafte Überflutung ihrer Länder durch Wirtschaftsmigranten wehren, vergleichbare Probleme mit Terroranschlägen, No-Go-Areas und explodierender Kriminalität? Natürlich nicht!

Demokratie in beängstigendem Sinkflug

Wenn es dann immer wieder und immer mehr Bürger gibt, die auf diese Lügen hinweisen und die Gefahren deutlich machen, die eine so unglaublich unkontrollierte und gesetzbrechende Zuwanderung von Menschen anderer Kulturkreise mit sich bringt, muss ein neues Mittel her, um die wachsende Sorge der Bevölkerung verstummen zu lassen – die Hetze. Die Bürger Sachsens und anderer Bundesländer, die sich seit Jahren bei PEGIDA gegen die unfraglich täglich zunehmende Islamisierung durch den Zuzug hunderttausender Muslime wenden, die nicht selten bewusst und nachhaltig die westlich-liberalen Grundregeln des Zusammenlebens missachten oder ablehnen, werden von Bundespolitikern als „Pack“ und als „Nazis in Nadelstreifen“ diffamiert.

Überhaupt bedienen sich die Eliten des Staates und ihrer Medien immer und allgegenwärtig der Nazikeule, wenn es um konservative Wertstellungen und Kritik an der Asylpolitik der Regierung geht. Da wird unter anderem die AFD von den Block-

parteien der Bundesregierung zur „Nazipartei“, um den wahlberechtigten Bürgern klar zu machen, dass alles außer CDU CSU SPD LINKE GRÜNE FDP keine Legitimation hat – es wäre ja sonst eine wahre Opposition. Und Opposition bedeutet Kontrolle. Also etwas, das es seit Merkels SED 2.0, die heutzutage GroKo heißt, nicht mehr zu geben hat.

Denn eine echte Opposition würde die eingefahrenen Gleise der kontinuierlichen Zerstörung des Landes behindern und unter Umständen sogar die überbezahlten Posten in Bundesrat und Bundestag kosten. Das will man natürlich nicht riskieren, und der gelernte Bundesbürger ist naiv genug zu glauben, dass alles rechts neben der inzwischen linksgrün eingefärbten Multi-Kulti-Bundesregierung automatisch Nazi ist. Aus bekannten historischen Gründen klappt der Wink mit der Nazikeule bei keinem anderen Volk so emotional wie bei den Deutschen: Widerstand gegen Merkels Asylwahn? = Nazi = nicht wählbar. Eine primitive Rechnung, die leider bei vielen Bürgern ungeteilte Zustimmung findet.

Erfreulicherweise geht diese Rechnung bei nicht wenigen Menschen in diesem Land nicht auf. Im Gegenteil. Immer mehr Bürger erkennen tagtäglich ein bisschen mehr, dass die Politik dieser Bundesregierung eine höchst gefährliche Mogelpackung ist. Eine Packung, die erst nach der Bundestagswahl richtig geöffnet wird, das ist vielen schon heute klar. Ungehinderter und unkontrollierter Zustrom von mehreren Millionen Asylanten aus der ganzen Welt nach Deutschland und Europa – das war und ist bittere Realität und wird pünktlich nach dem 21. September alles bisher Dagewesene massiv in den Schatten stellen.

Darauf warten nicht nur Merkel, Soros & Co, darauf warten Brüssel, Erdogan sowie die letztlich staatlich sanktionierten „NGO's“ und hunderte gut organisierte und ausgestattete kriminelle Schlepperbanden. Denen allen sind letztlich Menschenleben egal, sonst würde keiner der Beteiligten diese Migranten mit Sprüchen wie „Refugees Welcome“, „Der Islam gehört zu Deutschland“ und „Mit mir gibt es keine Obergrenze“ anlocken, auf zweifelhaft ausgestattete Schlauchboote setzen und auf lebensgefährliche und nicht selten tödliche Irrfahrt über das Mittelmeer schicken.

Merkel und ihre Medien locken mit ihrer „Willkommenskultur“ Menschenmassen unterschiedlichster Kulturen und Ethnien nach zu uns, wohlwissend, dass weder Politik noch Wirtschaft jemals in der Lage sein werden, die Erwartungen der teilweise arbeitswilligen Migranten in Job, Wohnung und Wohlstand zu erfüllen. Hier wird also vorsätzlich eine Generation von Unzufriedenen eingebürgert.

Dass alleine schon der kritische und zutiefst humanistische Hinweis auf die menschenverachtenden Praktiken der todbringenden Schlepperbanden, ihren unterstützenden „Seenotrettern“ und der von ihnen profitierenden Asylindustrie sowie der geringschätzigem Umgang der Kanzlerin mit Recht und Gesetz als „fremdenfeindliche Hetze“ verurteilt und mit Berufsverböten, Facebook-Sperrungen sowie nicht zuletzt Angriffen auf Leib, Leben und Sachwerte durch staatlich zumindest still geduldete marodierende schwarzvermummte Antifa-Banden „bestraft“ wird, die von den linksgrünen Medien und zahlreichen Politikern wie zum Hohn auch noch als „Aktivisten“ geadelt werden, ist ein untrügliches Zeichen des beängstigenden Sink-

fluges von Demokratie, Sicherheit und Meinungsfreiheit in Deutschland und erinnert an dunkle Epochen der jüngeren Geschichte.

Die eigene Bevölkerung ist das Opfer

Europa, die EU und Deutschland wären finanziell, materiell, personell und organisatorisch ohne Probleme in kürzester Zeit in der Lage, die Grenzen zu sichern und effektive Kontrollmaßnahmen einzuführen, um die Bürger vor der Überflutung durch Islamisierung, Terror und Kriminalität nachhaltig zu schützen. Doch das liegt definitiv nicht im Interesse der politischen Eliten. Das eigene Territorium durch Grenzen zu markieren, die jeden Fremden zwingen zu sagen, wer er ist, woher er kommt und was er vorhat, ist ein kompromissloser und unentbehrlicher Grundsatz jeder Gemeinschaft, jedes Landes, jedes Staatenbundes auf der Welt – außer in Deutschland und der EU.

Den Bürgern wird dieser Asylanten-Tsunami als unausweichliches Ereignis „verkauft“, das ähnlich einer Naturkatastrophe über uns hereinbricht und keinesfalls beherrschbar und schon gar nicht zu verhindern oder zu stoppen ist. Grenzschredderung statt Grenzschutz – die makabre Selbstmordpolitik der herrschenden Klasse, deren Opfer die eigene Bevölkerung ist und sein wird.*

- Wie könnte ich ernsthaft im September einer Partei meine Stimme geben, die Mitglied dieser Bundesregierung ist oder einer Partei wie die FDP, die im Wahlkampf mit schwachbrüstiger Stimme ganz leise Kritik an der Bundespolitik übt, um beim Überspringen der 5-Prozent-Hürde nahtlos in den Chor der erschreckend blutleeren Merkel-Vasallen einzustimmen?
- Wie könnte ich meine Zustimmung einer Bundeskanzlerin geben, die nachweislich sowie wissentlich und ungestraft gegen das Grundgesetz, gegen das geltende Asylrecht und das Schengener Abkommen verstoßen hat und tagtäglich verstößt, um sich von den linientreuen linksgrünen Medien als alternativlose „Queen of Refugees“ feiern zu lassen?
- Wie könnte ich einer Partei meine Stimme geben, die ihren Bürgern per Diktat auferlegt, dass ihr Land nun multinationaler Boden ist und man die schmerzhaft und widersinnige Überfremdung und Kriminalisierung von Staat, Gesellschaft und Kultur als Bereicherung aufzufassen und gefälligst kommentar- und widerstandslos hinzunehmen hat?
- Wie könnte ich mit meiner Wahlstimme eine Regierung unterstützen, die den Rechtsstaat Deutschland in einen Linksstaat verwandelt hat und durch Kuscheljustiz und „politisch korrekten“ Umgang mit mehrheitlich ausländischen Straftätern dem zunehmenden Kontrollverlust von Staat und Gesellschaft Tür und Tor öffnet und damit unverantwortlichen Kontrollverzicht zum Programm werden lässt?
- Wie könnte ich mit meiner Wählerstimme eine Regierung unterstützen, die wissentlich und ungestraft mit jedem Tag mehr die Sicherheit des Landes und seiner Bürger aufs Spiel setzt und massiv gefährdet?
- Wie könnte ich Politiker wählen, die dem Verlust an Identität, also an kollektivem Selbstbewusstsein durch Selbstverleugnung, Duldung deutschfeindlicher Entwicklungen und pauschalem Schwingen der Nazikeule bei allem nur denkbaren ideellen und materiellen Patriotismus Vorschub leisten?

Es gibt immer eine Alternative!

Ich bin es mir, meiner Familie, meinen Freunden und Verwandten schuldig, mit dem mir möglichen Widerstand gegen diese immer gravierendere Negativentwicklung in meinem Heimatland aufgrund einer politisch und rechtlich unerträglich agierenden Regierungschefin und ihrer kraft- und saftlosen Blockparteimitglieder zu kämpfen und die einzige Partei zu wählen, die in diesem Land noch eine Opposition darstellt und damit die Möglichkeit hat, zumindest die künftigen Fehlentscheidungen der Merkel-Regierung zu beeinflussen und im günstigsten Fall zu blockieren. Und das ist ohne Frage einzig und allein die AFD.

Merkel sagte 2016 den Kritikern ihres epochal gesetzeswidrigen Alleinganges und des von ihr gesteuerten Asylwahns, ihre Politik sei „alternativlos“, um jede systembewertende Kompromissdebatte im Keim zu ersticken. Wir hatten in Deutschland in den vergangenen hundert Jahren bereits zwei Staatschefs, die ihre Politik als alternativlos bezeichnet haben: Von 1933 bis 1945 in Nazi-Deutschland und von 1949 bis 1989 in der DDR. Ich sage allen Schweigenden, allen Gutmenschen und Duckmäusern, und ich sage Frau Merkel – es gab und es gibt immer eine Alternative – in Deutschland im Jahr 2017 ist das die ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND!

Ich wähle die AFD, weil ich aus tiefster Überzeugung der Meinung bin, dass diese Partei als einzige die dringend notwendigen Veränderungen in meiner Heimat Deutschland anstoßen und begleiten kann.

Ich wähle die AFD auch auf die Gefahr hin, dass ich meinen Job riskiere und persönlichen Anfeindungen ausgesetzt werde. Jeder, der es für richtig hält, darf mich beschimpfen – als Nazi, als Rechter, als Populist.

Ich wähle die AFD, weil ich Deutscher bin – und darauf werde ich immer stolz sein.“

Jürgen Gawrisch

Versicherungsfachmann

Anmerkung

***Henry Kissinger** im „Handelsblatt“ vom Februar 2017:

*„Wir beobachten in Europa ein sehr seltenes historisches Ereignis. Eine Region verteidigt ihre Außengrenzen nicht, sondern öffnet sie stattdessen. Das hat es seit einigen tausend Jahren nicht mehr gegeben. **Die deutsche Kanzlerin weiß, dass es einen Punkt gibt, in dem die Transformation der sozialen und politischen Strukturen beginnt. Das wird zwangsläufig passieren – vor allem, wenn man es mit Gruppen zu tun hat, die die grundlegenden Werte der westlichen Gesellschaft nicht akzeptieren.**“*